



## Niederschrift

### 9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 16.03.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Treffpunkt Freizeit, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Friese	AfD	Sitzungsleitung
--------------------	-----	-----------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Tiemo Reimann	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	bis 19:30 Uhr
Herr Lars Eichert	CDU	
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	

##### stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen	
--------------------	-----------------------	--

##### sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy	DIE aNDERE	
Herr Karsten Dornhöfer	SPD	
Herr Lars Gindele	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Helmut Lange	Freie Demokraten	ab 18:55 Uhr

##### Beigeordnete

Frau Brigitte Meier	Geschäftsbereich 3	
---------------------	--------------------	--

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

Frau Dr. Mechthild Rüniger	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
----------------------------	-----------------------	--------------

##### zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

##### Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	bis 18:55 Uhr
----------------------	---------------	---------------

### **sachkundige Einwohner**

Herr Wolfgang Geist	CDU	entschuldigt
Herr Tino Henning	DIE LINKE	nicht entschuldigt
Herr Peter Roggenbuck	Bürgerbündnis	entschuldigt

### **Vertreter der Beiräte**

Herr Peter Borhardt	Seniorenbeirat	nicht entschuldigt
Herr Tobias Straub	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Karin Grochowski	Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
Frau Birgit Wiedemann	Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Herr Torsten Wustrack	Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
Herr Ralf Krawinkel	Fachbereich Feuerwehr
Frau Martina Spyra	Schritfführerin

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Müllgebühren in Potsdam senken  
Vorlage: 20/SVV/1355  
Fraktionen DIE LINKE
  - 3.2 Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t durch das 'Alte Rad' in Eiche  
Vorlage: 20/SVV/1500  
Ortsbeirat Eiche
  
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  - 4.1 Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1393  
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
  - 4.2 Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht  
Vorlage: 20/SVV/1394  
Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung
  - 4.3 Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)  
Vorlage: 21/SVV/0075  
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit
  - 4.4 Einsatzstatistik Feuerwehr 2020

**Niederschrift:**

**Öffentlicher Teil**

**zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Daniel Friese.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Friese stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Friese stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.11.2020 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird mit 7 Zustimmungen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Friese um Abstimmung über die Tagesordnung. Er schlägt vor, die Mitteilungsvorlagen zu den Tagesordnungspunkten 4.1 und 4.2 lediglich zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren gibt es die Bitte von Herrn Dörschel, um eine Information zum Wertstoffhof im Potsdamer Norden. Dies würde er im TOP „Sonstiges“ aufnehmen.

Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 3.1 Müllgebühren in Potsdam senken**

**Vorlage: 20/SVV/1355**

Fraktionen DIE LINKE

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) erklärt, dass die Höhe der Abfallgebühren insbesondere vom angebotenen Umfang/Service der Abfallentsorgung und den damit in Zusammenhang stehenden Kosten der drittbeauftragten Unternehmen verbunden sind. Daher ist die Einführung eines neuen Abfallgebührenmodells nicht zwingend mit einer Gebührenreduzierung verbunden. Ein Gebührensystemwechsel kann insofern auch nur eine Umverteilung der angefallenen Kosten innerhalb der einzelnen Gebührenpflichtigen bewirken.

Eine Ausweitung des bestehenden Serviceangebotes (z.B. Zusätzlicher Wertstoffhof, Erweiterung von Öffnungszeiten, Wertstofftonne, Bioabfallvergärung) sind i.d.R. mit steigenden Kosten der Drittbeauftragten und somit in Folge auch einer Erhöhung der Abfallgebühren verbunden.

In Potsdam ist bereits ein umfangreiches Getrenntsammlungssystem, insbesondere bei der haushaltnahen Erfassung von Abfällen etabliert. So konnte durch Einführung der Biotonne im Jahr 2016 der Restabfall von ursprünglich ca. 40.000 Jahrestonnen auf derzeit ca. 34.000 Jahrestonnen reduziert werden. Im Ergebnis der Restmüllanalyse aus dem Jahr 2018/2019 wird von dem Gutachter mittelfristig ein weiteres abschöpfbares Potential im Restabfall i.H. von ca. 4.600 t Wertstoffen beziffert, dies jedoch unter der Voraussetzung, dass die Potsdamer Bevölkerung dazu motiviert werden kann, die bereits vorhandenen Getrenntsammlungssysteme intensiv zu nutzen.

Zu der Prüfung des bestehenden Gebührenmodells und der Darstellung möglicher alternativer Gebührenmodelle sowie Prüfung auf die Umsetzbarkeit in Potsdam sollte aus Sicht der Verwaltung auf einen externen Gutachter zurückgegriffen werden, der die aufgeworfenen Fragestellungen der Politik berücksichtigt. Hierbei sollten ebenso die Erkenntnisse der Verwaltung aus dem bestehenden Modell einfließen.

Eine externe Begutachtung setzt jedoch zunächst eine Ausschreibung dieser Leistung sowie das Vorhandensein der erforderlichen Haushaltsmittel voraus. Insofern wäre mit einem Ergebnis nicht vor dem 2. Halbjahr 2021 zu rechnen.

Aus heutiger Sicht kann bereits festgestellt werden, dass eine Verwiegung der Rest- und Bioabfälle als Voraussetzung für eine mengenabhängige Gebührenerhebung zunächst die Ausrüstung sämtlicher Sammelfahrzeuge mit der entsprechenden Verwiege Technik und eine Anpassung des derzeitigen Abrechnungsmodells erforderlich macht. Dies würde in jedem Fall zu zusätzlichen Kosten führen, die auf die Abfallgebühren umzulegen wären.

Abschließend macht sie darauf aufmerksam, dass Sozialtarife in der Gebührenerhebung nach Kommunalabgabengesetz nicht zulässig sind.

Bezüglich einer Reduzierung der Grundgebühr weist Frau Grochowski darauf hin, dass diese auch die Kosten für Sperrmüll, Wertstoffhof und Schadstoffmobil umfasst.

Herr Jäkel bittet um Ausführung zu den Kosten der externen Begutachtung. Er weist darauf hin, dass die STEP auf den Tag genau die entsorgte Müllmenge erfasst. Wenn eine Abfalltonne urlaubsbedingt nicht herausgestellt und somit nicht geleert wurde, werden die Kosten trotzdem in Rechnung gestellt.

Frau Grochowski betont, dass das zu beauftragende Gutachten das gesamte Sammlungsspektrum umfassen müsse. Hierbei handelt es sich um eine umfängliche Kalkulation, die einer Begutachtung bedarf.

Des Weiteren weist sie darauf hin, dass die sog. Ausfallzeiten durch z.B. Urlaub bereits in der Gebührenberechnung beachtet werden.

Herr Raschke bringt den **Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE** ein.

*Die DS 20/SVV/1355 wird um folgenden Punkt 6 ergänzt:*

*6. welche Möglichkeiten bestehen, die Berechnung der Grundgebühr gemäß §5(a) der Abfallgebührensatzung zu ändern. Es soll geprüft werden, inwiefern die Grundgebühr auf Grund der Anzahl der zu entleerenden Behälter berechnet werden kann. Dabei soll eine Differenzierung beibehalten werden, die zwischen Haushalten, Gewerbe, Kleingärten, Erholungsgrundstücken und Grundstücken mit Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen unterscheidet.*

Herr Eichert betont, dass er dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen könne. Aus seiner Sicht ist es wichtig zu erfahren, warum in Potsdam die Müllgebühren teurer sind als in anderen Städten.

Herr Kirsch macht deutlich, dass mit der Einführung des Verwiegens des Mülls die Gefahr bestehe, dass noch mehr Müll im Wald landet.

Herr Dörschel schließt sich dem an und ergänzt, dass auch Müll in den Blauen oder Gelben Tonnen landen würde. Auch die Kosten für das Gutachten stehen seiner Ansicht nach nicht im Verhältnis zu dem zu erwartenden Ergebnis. Außerdem besteht auch die Gefahr, dass dann Gebührenbescheide anfechtbar sein könnten.

Frau Grochowski verweist auf die Erkenntnisse des Saarlandes, wo seit der Einführung des Verwiegens des Mülls eine auffällige Steigerung der Abfallmengen in den öffentlichen Abfallbehältern zu verzeichnen ist. Auch der finanzielle Aufwuchs für die STEP durch die technische Umrüstung wird sich in der Abfallgebühr niederschlagen.

Herr Jäkel erklärt, dass man nicht davon ausgehe, dass es eine Mehrheit in den Fraktionen gibt, die die gestellten Fragen in einer übersichtlichen Form beantwortet haben möchte.

Herr Troche stellt folgend **Antrag zur Geschäftsordnung**: Der Antrag soll zurückgestellt und die Argumente in der Fraktion beraten werden.

Herr Friese stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Zurückstellung des Antrages wird einstimmig zugestimmt.

**zu 3.2 Unterbindung des Durchgangsverkehrs (Schleichwege) für LKW über 3,5 t durch das 'Alte Rad' in Eiche**  
**Vorlage: 20/SVV/1500**  
Ortsbeirat Eiche

Herr Wustrack (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) verweist darauf, dass der Antrag inhaltlich erledigt ist. Außerdem verweist er auf die Unzulässigkeit. Er weist darauf hin, dass es diverse Befassungen mit dem Thema gab. So gab es 2018 in den Ortsbeiratssitzungen dazu mehrfache Erläuterungen unter unterschiedlichen Aspekten. Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Ortsbeirates zur Untersuchung, den LKW-Verkehr zu unterbinden (DS 18/SVV/0856), gab es eingehende Untersuchungen mit anschließender Erörterung im Ortsbeirat.

In der Folge gab es persönliche Beratungen am Tisch des Beigeordneten. Es wurden verkehrstechnische Untersuchungen durchgeführt. Herr Wustrack betont, dass es keinerlei Vorfälle gab, an denen LKW beteiligt waren. Er empfiehlt eine Umwandlung des Antrages in einen Prüfauftrag. Bei Beschluss der vorliegenden Drucksache muss eine Beanstandung erfolgen.

Herr Twerdy macht deutlich, dass die Situation für die Anwohner problematisch zu sein scheint, da es dort offensichtlich keine Fußwege gibt. Er regt an, zu prüfen, was getan werden kann, um Abhilfe zu schaffen. Er fragt, was

diesbezüglich bereits getan wurde. Des Weiteren fragt er, ob die Einrichtung von Fußwegen oder einer Spielstraße möglich sei. Auch bauliche Maßnahmen für eine Verkehrsberuhigung sowie farbliche Markierung, dass man erkennt, dass sich dort Kinder aufhalten sollten geprüft werden.

Herr Wustrack erklärt, dass es in gesamten Wohngebiet Gehwege gibt. Alle angeführten Aspekte wurden gemeinschaftlich geprüft. Auch die Gefährdungslage wurde analysiert. Im Ergebnis hat sich herausgestellt, dass sich das Verkehrsaufkommen so darstellt, dass eine weitere Beruhigung nicht erforderlich ist. Das gesamte Wohngebiet ist eine Tempo 30 Zone mit gleichberechtigte Straßen. Somit gilt rechts vor links, was bedeutet, dass alle Fahrzeuge an den Kreuzungen ihre Fahrt verlangsamen.

Herr Wustrack macht deutlich, dass auch gemeinsam mit dem Ortsbeirat die nichtamtlichen Hinweisschilder besprochen und eingerichtet wurden. Er weist darauf hin, dass die Reiherbergstraße nicht normgerecht für diesen Verkehr ausgebaut ist. Auch dort soll der LKW-Verkehr minimiert werden. Abschließend betont er, dass die Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde zur Gefahrenabwendung auferlegt werden.

Herr Jäkel verweist auf die ursprüngliche Situation in diesem Bereich. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, wie der schwere LKW-Verkehr durch geeignete Maßnahmen verhindert.

Herr Eichert bittet zu klären, ob dies ein Prüfauftrag sein soll oder ob der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

Herr Wustrack erklärt, dass man sich mit der Eingemeindung des Ortsteils Golm 2003 intensiv mit der Verkehrssituation beschäftigt hat. 2007 gab es ein Verkehrsgutachten, wieviel Verkehr zumutbar ist. Der Verkehr wird hier zwar als störend empfunden, bewegt sich aber im Rahmen.

Er betont, dass alle Aspekte beleuchtet wurden und eine erneute Prüfung keine anderen Ergebnisse hervorbringen würde.

Frau Schulze fragt, ob das Ergebnis des Gutachtens mit dem gesamten Ortsbeirat besprochen wurden und ob dem Ortsbeirat die Unterlagen bekannt sind.

Herr Wustrack teilt mit, dass Herr Pahnhenrich in dem Gespräch mit Rubelt für den Ortsbeirat gesprochen hat. Auch im Nachgang wurden die Fragen von Herrn Pahnhenrich als Ortsvorsteher oder Ortsbeiratsmitglied gestellt.

Herr Kirsch weist darauf hin, dass ausführlich erklärt wurde, dass der Antrag nicht umgesetzt werden kann. Er stellt folgenden **Antrag zur Geschäftsordnung**:  
Ende der Debatte und Abstimmung über die Drucksache.

Herr Jäkel spricht dagegen.

Herr Friese stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 2 Zustimmungen, 6 Ablehnungen und 1 Stimmenthaltung wird der Geschäftsordnungsantrag **abgelehnt**.

Herr Jäkel informiert, dass Herr Pahnhenrich über das Gespräch mit Herrn Rubelt im Ortsbeirat berichtet hat. Danach kam es zu dem Antrag, der auch im

Ortsbeirat behandelt wurde. An den Sitzungen des Ortsbeirates hat kein Vertreter der Verwaltung teilgenommen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Herr Friese die Drucksache zur Abstimmung.

**Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass der Durchgangsverkehr (Schleichverkehr) für LKW über 3,5 t durch das „Alte Rad“ in Eiche sofort unterbunden wird.

**Abstimmungsergebnis:**

Mit 5 Zustimmungen, 1 Ablehnung und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.

**zu 4            Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1        Bürgerhaushalt 2015/16 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1393**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2        Bürgerhaushalt 2017 - Rechenschaftsbericht**

**Vorlage: 20/SVV/1394**

Oberbürgermeister, Steuerungsunterstützung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.3        Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)**

**Vorlage: 21/SVV/0075**

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen. Sie macht deutlich, dass die Einführung der Gelben Tonne PLUS eine Vereinfachung der Sammlung für den Bürger bedeuten würde, da keine Unterscheidung mehr zwischen Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen erfolgen müsse. Des Weiteren würden Ressourcen geschont, da stoffgleiche Abfälle im Kreislauf verbleiben und recycelt werden können.

Sie macht aber auch deutlich, dass eine Kostenbeteiligung an den Sammelkosten für stoffgleiche Nichtverpackungen zur Erhöhung der Abfallgebühren führen würde. Die Reduzierung der Restabfallmengen wird, wenn überhaupt, erst mittelfristig erfolgen

Herr Jäkel empfiehlt, alles so zu belassen, wie es ist und die Wertstofftonne nicht einzuführen.

Herr Dörschel widerspricht dem. Er spricht sich dafür aus, den Ansatz weiter zu verfolgen.

Herr Eichert weist darauf hin, dass die Müllgebühren auch Kosten des Wohnens sind. Er bittet zu bedenken, wie sich die Mietnebenkosten in den letzten Jahren entwickelt haben. Man sollte auch immer den Blick auf den Kosten haben.

Herr Dörschel sieht die Verhältnismäßigkeit von Aufwand und Nutzen hier gegeben.

Herr Gindele spricht die Einsparungen bei den Kosten für Restabfall an, die bei der Einführung der Gelben Tonne PLUS möglich sind.

Frau Wiedemann (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) weist darauf hin, dass auch bisher noch Anteile von Verpackung im Restabfall enthalten sind. Sie macht deutlich, dass nicht vorhersehbar ist, wann dann eine Einsparung bei den Kosten für Restabfall eintritt. Dies ist immer von der Mitwirkung der handelnden Personen abhängig.

Herr Jäkel hält die korrekte Müllentsorgung für ökologisch wichtig. Er befürchtet aber, dass mit der Einführung der Gelben Tonne PLUS die Abfallgebühr steigt und der gewünschte Effekt nicht erzielt wird.

Herr Blénessy weist darauf hin, dass eine erhebliche Menge an Plastikmüll in der Gelben Tonne landet. Er hält die entstehenden Kosten für vertretbar.

Frau Schulze verweist darauf, dass der Prüfantrag zur Senkung der Müllgebühren zurückgestellt wurde, um diesen nochmal intensiv zu diskutieren. Sie bittet im Interesse der Einwohner der LHP zu überlegen, ob ein derartiger Antrag eingebracht werden soll.

Herr Dörschel erklärt, dass dies lediglich ein Verhandlungsauftrag sein soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

#### **zu 4.4 Einsatzstatistik Feuerwehr 2020**

Herr Krawinkel (Fachbereich Feuerwehr) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Einsätze der Feuerwehr 2020.

Herr Raschke fragt, ob es im Lockdown merkbare Veränderungen gab, wie z.B. eine Steigerung bei psychosozialen Einsätzen.

Herr Krawinkel erklärt, dass im April und Mai 2020 weniger Einsätze zu verzeichnen waren. Dies hat sich im Verlauf des Jahres z.B. durch Verlegungsfahrten ausgeglichen. Auch die Einsatzdauer hat sich etwas erweitert. Psychosoziale Einsätze können nur anhand der Einsatzprotokolle herausgezogen werden. Dazu ist er spontan nicht aussagefähig.

Herr Reimann bittet, diese Daten nachzureichen, wenn es möglich ist.

Abschließend verweist Herr Krawinkel auf die ausbezahlten Mehrarbeitsstunden. Er teilt mit, alle Stellen-Ausschreibungen und auch Dauerausschreibungen nur mäßig erfolgreich waren.

Es ist aber gelungen für einen Grundausbildungslehrgang 15 neue Mitarbeiter zu gewinnen, die im kommenden Jahr ausgebildet werden. Reich gerade aus, um die Altersausscheide auszugleichen.

Es wird versucht, alle bewilligten und nicht besetzten Stellen zu besetzen. Damit können zumindest die altersbedingt freiwerdenden Stellen ausgeglichen werden. Es wird aber nicht ausreichen, um alle pflichtigen Leistungen so zu erbringen, wie es nötig wäre.

## **zu 5      Sonstiges**

Herr Dörschel verweist auf die Mitteilungsvorlage zur Standortsuche für einen Wertstoffhof im Potsdamer Norden, die auf der Tagesordnung der Sitzung des OS-Ausschusses am 24.11.2021 stand. Er fragt, ob das Thema von der Verwaltung weiterverfolgt wird. Dies ist ihm aus der Mitteilungsvorlage nicht klargeworden.

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) macht deutlich, dass die Aufträge aus dem politischen Raum sehr ernst genommen werden. Es wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet um zu prüfen, was ein Wertstoffhof beinhalten sollte. Das Prüfergebnis liegt noch nicht vor. Sobald die Parameter bekannt sind, sollte externer Sachverstand hinzugezogen werden. Es muss auch ermittelt werden, wie hoch der Anteil der Potsdamer Nutzer ist und wie groß der Anteil der Nutzer aus umliegenden Gemeinden. Das Prüfergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

Herr Friese weist darauf hin, dass für die Aprilsitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit lediglich die heute zurückgestellte DS 20/SVV/1355 vorhanden ist. Da die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erst am 05.05.2021 tagt, schlägt er vor, die nächste Ausschusssitzung dann am 25.05.2021 durchzuführen und die Aprilsitzung entfallen zu lassen. Er bittet um Abstimmung darüber, dass die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit am 27.04.2021 entfallen kann.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich mit 6 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.  
Somit entfällt die Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit am 27.04.2021.

**Nächste Sitzung des OS-Ausschusses: 25. Mai 2021, 18:00 Uhr**

**Daniel Friese**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**